

Satzung

der Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland e.V.

Inhaltsverzeichnis

- § 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr**
- § 2 Zweck des Vereins**
- § 3 Gemeinnützigkeit**
- § 4 Mitgliedschaft**
 - § 4.1 Erwerb
 - § 4.2 Mitgliedsbeiträge
 - § 4.3 Beendigung
- § 5 Organe des Vereins**
- § 6 Vorstand**
 - § 6.1 Zusammensetzung
 - § 6.2 Zuständigkeit
 - § 6.3 Bestellung und Amtsdauer des Vorstands
 - § 6.4 Beschlussfassung des Vorstands
- § 7 Mitgliederversammlung**
 - § 7.1 Zusammensetzung und Aufgaben
 - § 7.2 Einberufung der Mitgliederversammlung
 - § 7.3 Außerordentliche Mitgliederversammlungen
 - § 7.4 Beschlussfassung der Mitgliederversammlung
- § 8 Aufsichtsrat**
- § 9 Auflösung des Vereins**

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

Der Verein führt den Namen

"Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland e. V."

Er ist in das Vereinsregister des Amtsgerichts Halle/Saale zum Az.: VR 1818 eingetragen. Er führt den Zusatz "e.V."

Der Verein hat seinen Sitz in Halle/Saale.

Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 2 Der Zweck des Vereins

Vereinszweck ist die Entwicklung und Vermarktung der traditionsreichen Wirtschaftsregion Mitteldeutschland.

Der Verein versteht sich als länderübergreifende Aktionsplattform strukturbestimmender Unternehmen und realisiert den Vereinszweck u. a. durch

- Entwicklung von Projekten zur nachhaltigen Steigerung von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit,
- Förderung der Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik/Verwaltung,
- Stärkung der länderübergreifenden Kommunikation und Steigerung des Images der Region.

Mitteldeutschland im Sinne des Vereinszwecks ist das Gebiet der Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Der Verein bedient sich zur Erfüllung seiner Aufgaben der Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland GmbH, dessen alleiniger Gesellschafter er ist. Das Verhältnis zwischen dem Verein und der GmbH bestimmt sich nach Maßgabe der Regelungen im Gesellschaftsvertrag der GmbH.

§ 3 Gemeinnützigkeit

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.

Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Alle Inhaber von Vereinsämtern sind ehrenamtlich tätig.

Jeder Beschluss über die Änderung der Satzung ist vor dessen Anmeldung beim Registergericht dem zuständigen Finanzamt vorzulegen.

Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall des bisherigen Satzungszwecks regelt der Auflösungsbeschluss der Mitgliederversammlung die zukünftige, ausschließlich steuerbegünstigte (gemeinnützige) Verwendung des Vermögens des Vereins.

§ 4 Mitgliedschaft

§ 4.1 Kategorien der Mitgliedschaft und Aufnahme als Mitglied

Der Verein hat folgende Kategorien von Mitgliedern

- Vollmitglieder
- Fördermitglieder
- Ehrenmitglieder

Vollmitglied des Vereins können Unternehmen in jeglicher Rechtsform sowie sonstige juristische Personen des Privatrechts oder des öffentlichen Rechts sein, die wirtschaftlich tätig sind oder die Interessen der Wirtschaft wahrnehmen und ein Interesse an der Beförderung des Vereinszwecks haben. Vollmitglieder haben alle Rechte, die Vereinsmitgliedern nach Gesetz und dieser Satzung zustehen.

Fördermitglieder sind Mitglieder, die den Verein ideell und finanziell unterstützen, jedoch nicht Vollmitglied sein können oder wollen. Art und Umfang der Unterstützung regelt das Fördermitglied vertraglich mit dem Verein. Fördermitglieder haben alle Rechte von Vollmitgliedern, jedoch kein Stimmrecht in der Mitgliederversammlung. Der Verein bemüht sich, die bedeutenden Städte und Gebietskörperschaften Mitteldeutschlands als Fördermitglieder zu gewinnen.

Ehrenmitglieder sind natürliche Personen, die auf Vorschlag des Vorstandes von der Mitgliederversammlung zu solchen ernannt wurden. Ehrenmitglieder haben alle Rechte von Vollmitgliedern, jedoch kein Stimmrecht in der Mitgliederversammlung. Von der Pflicht zur Entrichtung von Beiträgen sind sie befreit.

Die Mitglieder bestimmen, durch welche natürlichen Personen sie im Verein vertreten werden (Mitgliedsvertreter). Die juristischen Personen sollen hierfür ein Organ benennen.

Über den schriftlichen Antrag zum Erwerb der Voll- oder Fördermitgliedschaft entscheidet der Vorstand. Der Antrag soll den Namen des Antragstellers, den Namen des Mitgliedsvertreters, die Branche und die Anschrift des Antragstellers enthalten.

§ 4.2 Mitgliedsbeiträge

Von den Mitgliedern werden Beiträge erhoben, soweit diese Satzung nichts anderes regelt. Die Einzelheiten regelt eine separate Beitragsordnung, die vom Vorstand vorgeschlagen und von der Mitgliederversammlung beschlossen wird.

Der Vorstand ist berechtigt, Ausnahmen von der Beitragsordnung zuzulassen.

§ 4.3 Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft endet

- a) mit der Abmeldung eines Unternehmens aus dem Handelsregister;
- b) mit Erlöschen der juristischen Person
- c) durch Austritt
- d) durch Ausschluss aus dem Verein
- e) durch Tod.

Der Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber einem Mitglied des Vorstandes. Der Austritt ist nur zum Ende eines Kalenderjahres unter Einhaltung einer Erklärungsfrist von drei Monaten zulässig. Die unterjährige Beendigung der Mitgliedschaft in sonstiger Weise entbindet nicht von der Pflicht, den gesamten Jahresbeitrag zu leisten.

Ein Mitglied kann durch Beschluss des Vorstands aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn es trotz Mahnung mit der Zahlung des Beitrags im Rückstand ist. Der Ausschluss darf erst beschlossen werden, nachdem seit der Absendung des Mahnschreibens drei Monate verstrichen und die Beitragsschulden nicht beglichen sind. Der Ausschluss ist dem Mitglied mitzuteilen. Die Pflicht zur Zahlung der rückständigen Beiträge bleibt unberührt.

Ein Mitglied kann, wenn es gegen die Vereinsinteressen gröblich verstoßen hat, durch Beschluss des Vorstands aus dem Verein ausgeschlossen werden. Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand mit einer Mehrheit von $\frac{3}{4}$ seiner Mitglieder. Vor der Beschlussfassung ist dem Mitglied unter Setzung einer angemessenen Frist Gelegenheit zu geben, sich persönlich vor dem Vorstand oder schriftlich zu rechtfertigen. Eine schriftliche Stellungnahme des Betroffenen ist in der Vorstandssitzung zu verlesen. Der Beschluss über den Ausschluss ist mit Gründen zu versehen und dem Mitglied schriftlich bekannt zumachen. Gegen den Ausschließungsbeschluss des Vorstands steht dem Mitglied das Recht der Berufung an die Mitgliederversammlung zu. Die Berufung hat aufschiebende Wirkung. Die Berufung muss innerhalb einer Frist von einem Monat ab Zugang des Ausschließungsbeschlusses beim Vorstand schriftlich eingelegt werden. Ist die Berufung rechtzeitig eingelegt, so hat der Vorstand innerhalb von zwei Monaten die Mitgliederversammlung zur Entscheidung über die Berufung einzuberufen. Geschieht das nicht, gilt der Ausschließungsbeschluss als nicht erlassen. Macht das Mitglied von dem Recht der Berufung gegen den Ausschließungsbeschluss keinen Gebrauch oder versäumt es die Berufungsfrist, so unterwirft es sich damit dem Ausschließungsbeschluss mit der Folge, dass die Mitgliedschaft als beendet gilt.

§ 5 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind

- a) der Vorstand
- b) die Mitgliederversammlung.

Der Verein entsendet Mitglieder in den Aufsichtsrat der Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland GmbH.

§ 6 Der Vorstand

§ 6.1 Zusammensetzung

Der Vorstand des Vereins besteht aus mindestens vier, höchstens sechs Personen, nämlich dem 1. Vorsitzenden, dem 2. Vorsitzenden, dem Schatzmeister, dem Schriftführer sowie bis zu zwei weiteren Mitgliedern. Der 1. Vorsitzende des Vereins muss der Mitgliedsvertreter eines Unternehmens bzw. einer juristischen Person des Privatrechts sein, deren Geschäftsanteile nicht unmittelbar oder mittelbar mehrheitlich von der öffentlichen Hand gehalten werden.

Die Vereinigung mehrerer Vorstandsämter in einer Person ist unzulässig.

Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich durch zwei Mitglieder des Vorstands, darunter der 1. Vorsitzende oder der 2. Vorsitzende, vertreten.

§ 6.2 Bestellung und Amtsdauer des Vorstands

Mindestens vier Vorstände, darunter der 1. und der 2. Vorsitzende, werden von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von drei Jahren, vom Tage der Wahl an gerechnet, gewählt. Dabei ist jedes Vorstandsmitglied grundsätzlich einzeln zu wählen, wenn nicht von der Mitgliederversammlung Listenwahl vorher beschlossen wird. Wählbar sind nur Mitgliedsvertreter (§ 4.1). Alle Vorstände bleiben bis zur wirksamen Neuwahl des nachfolgenden Vorstandes, längstens jedoch bis zur Änderung des Vorstandes im Vereinsregister im Amt.

Bis zur maximal möglichen Anzahl der Vorstände können weitere Vorstandsmitglieder für die Dauer der laufenden Amtsperiode des Vorstandes vom Vorstand kooptiert werden. Dies gilt nicht für den 1. oder 2. Vorsitzenden des Vereins.

Endet die Mitgliedschaft eines Vereinsmitgliedes, welches einen Vorstand des Vereins stellt, so scheidet dieses Vorstandsmitglied aus seinem Amt im Zeitpunkt der Beendigung der Mitgliedschaft aus. Abs. 1 letzter Satz gilt entsprechend.

Die Mitgliederversammlung ist berechtigt, die Berufung zum Vorstand jederzeit aus wichtigem Grund zu widerrufen.

Ist kein Vertreter der Kammern in den Vorstand des Vereins gewählt, so soll der Vorstand einen Vertreter der Kammern zum Beisitzer des Vorstands berufen. Der Beisitzer kann dem Vorstand Anregungen geben und diesen beraten. Er hat jedoch kein Stimmrecht im Vorstand.

Der Beisitzer wird von den Kammern Mitteldeutschlands einvernehmlich benannt. Seine Amtszeit endet mit der Amtszeit des Vorstandes.

§ 6.3 Zuständigkeit

Der Vorstand ist für die Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht durch die Satzung einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. Er hat vor allem folgende Aufgaben:

1. Vorbereitung der Mitgliederversammlung und Aufstellung der Tagesordnung;
2. Einberufung der Mitgliederversammlung;
3. Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung;
4. Aufstellung eines Haushaltsplans für jedes Geschäftsjahr, Buchführung; Erstellung eines Jahresberichtes;
5. Beschlussfassung über Aufnahme und Ausschluss von Mitgliedern;

6. Vorschlag für die Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrates der Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland GmbH durch die Mitgliederversammlung;
7. Vorschlagsrecht für die Ernennung von Ehrenmitgliedern des Vereins durch die Mitgliederversammlung.
8. Wahrnehmung der Gesellschafteraufgaben der Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland GmbH, insbesondere die Überwachung und Beratung der Geschäftsführung

§ 6.4 Beschlussfassung des Vorstands

Der Vorstand fasst seine Beschlüsse im Allgemeinen in Vorstandssitzungen, die vom 1. Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom 2. Vorsitzenden, schriftlich, fernmündlich, durch Telefax oder in elektronischer Form einberufen werden. In jedem Fall ist eine Einberufungsfrist von einer Woche einzuhalten. Einer Mitteilung der Tagesordnung bedarf es nicht.

Der Vorstand entscheidet durch Mehrheitsbeschluss. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Vorstandsmitglieder anwesend ist. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Leiters der Vorstandssitzung. Die Vorstandssitzung leitet der 1. Vorsitzende, bei dessen Verhinderung der 2. Vorsitzende. Die Beschlüsse des Vorstands sind schriftlich zu dokumentieren und vom Sitzungsleiter bzw. vom Vorsitzenden des Vorstandes zu unterschreiben. Die Niederschrift soll Ort und Zeit der Vorstandssitzung, die Namen der Teilnehmer, die gefassten Beschlüsse und das Abstimmungsergebnis enthalten. In eiligen Fällen kann auch ein Vorstandsbeschluss auf schriftlichem, telefonischem oder elektronischem Wege gefasst werden. Ist in Eilfällen ein Vorstandsbeschluss z. B. mangels Beschlussfähigkeit nicht herbeizuführen, entscheidet der 1. oder 2. Vorsitzende allein. Er unterrichtet den Vorstand in solchen Fällen unverzüglich. Die Regelung zur Niederschrift gilt entsprechend.

§ 7

Die Mitgliederversammlung

§ 7.1 Zusammensetzung und Aufgaben

Die Mitgliederversammlung besteht aus den in § 4.1 genannten Mitgliedern.

Die Mitgliederversammlung ist ausschließlich für folgende Angelegenheiten zuständig:

1. Genehmigung des vom Vorstand aufgestellten Haushaltsplans für das nächste Geschäftsjahr; Entgegennahme des Jahresberichts des Vorstands, Entlastung des Vorstands;
2. Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstands des Vereins sowie der vom Verein zu entsendenden Aufsichtsräte der Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland GmbH;
3. Beschlussfassung über Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereins;
4. Beschlussfassung über die Beschwerde gegen die Ablehnung des Aufnahmeantrages sowie über die Berufung gegen einen Ausschließungsbeschluss des Vorstands.
5. Beschlussfassung über die Beitragsordnung auf Vorschlag des Vorstandes.

In Angelegenheiten, die in den Zuständigkeitsbereich des Vorstands fallen, kann die Mitgliederversammlung Empfehlungen an den Vorstand beschließen. Der Vorstand kann seinerseits in Angelegenheiten seines Zuständigkeitsbereiches die Meinung der Mitgliederversammlung einholen.

§ 7.2 Die Einberufung der Mitgliederversammlung

Mindestens einmal im Jahr soll die ordentliche Mitgliederversammlung stattfinden. Sie wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von vier Wochen schriftlich oder in elektronischer Form

einberufen. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung des Einberufungsschreibens folgenden Tag soweit es an die letzte vom Mitglied dem Verein schriftlich bekannt gegebene Anschrift/e-Mail-Adresse gerichtet ist. Zu diesem Zeitpunkt gilt die Einberufung als zugegangen.

Zwei Wochen vor dem Sitzungstermin wird ein Vorschlag für die Tagesordnung grundsätzlich in elektronischer Form an die Mitglieder versandt. Diese haben Gelegenheit bis eine Woche vor dem Sitzungstermin schriftlich weitere Vorschläge für die Tagesordnung einzubringen. Die Reihenfolge der Tagesordnung setzt der Vorstand fest.

Über Anträge zur Tagesordnung, die nach Ablauf der vorstehenden Frist oder erst in der Mitgliederversammlung gestellt werden, beschließt die Mitgliederversammlung.

Die Tischvorlagen der jeweiligen Sitzung werden grundsätzlich mit dem Vorschlag für die Tagesordnung versandt.

§ 7.3 Außerordentliche Mitgliederversammlungen

Der Vorstand kann jederzeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Diese muss einberufen werden, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder wenn die Einberufung von einem Zehntel aller Mitglieder schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe vom Vorstand verlangt wird. Für die außerordentliche Mitgliederversammlung gilt § 7 entsprechend.

§ 7.4 Die Beschlussfassung der Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung wird vom 1. Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom 2. Vorsitzenden oder einem anderen Vorstandsmitglied geleitet. Ist kein Vorstandsmitglied anwesend, bestimmt die Versammlung den Leiter. Bei Wahlen kann die Versammlungsleitung für die Dauer des Wahlganges und der vorhergehenden Diskussion einem Wahlleiter übertragen werden.

Der Protokollführer wird vom Versammlungsleiter bestimmt. Zum Protokollführer oder Wahlleiter kann auch eine Person bestimmt werden, die kein Mitgliedsvertreter ist.

Die Art der Abstimmung bestimmt der Versammlungsleiter. Die Abstimmung muss schriftlich durchgeführt werden, wenn ein Drittel der bei der Abstimmung anwesenden stimmberechtigten Mitglieder dies beantragt.

Die Mitgliederversammlung ist nicht öffentlich. Der Versammlungsleiter kann Gäste zulassen.

In der Mitgliederversammlung hat jedes Vollmitglied eine Stimme. Zur Ausübung des Stimmrechts kann ein anderes Mitglied schriftlich bevollmächtigt werden. Die Bevollmächtigung ist für jede Mitgliederversammlung gesondert zu erteilen. Ein Mitglied darf jedoch nicht mehr als drei fremde Stimmen vertreten. Mitglieder ohne Stimmrecht haben Rederecht in der Mitgliederversammlung.

Im Falle der ordnungsgemäßen Einberufung ist die Mitgliederversammlung unabhängig von der Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig. Die Mitgliederversammlung fasst Beschlüsse im Allgemeinen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Stimmenthaltungen bleiben daher außer Betracht.

Zur Änderung der Satzung ist jedoch eine Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen gültigen Stimmen, zur Auflösung des Vereins eine solche von vier Fünfteln erforderlich. Eine Änderung des Zwecks des Vereins kann nur mit Zustimmung aller Mitglieder beschlossen werden. Diese kann auch schriftlich außerhalb der Mitgliederversammlung erteilt werden.

Für Wahlen gilt Folgendes:

Hat im ersten Wahlgang kein Kandidat die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht, findet eine Stichwahl zwischen den Kandidaten statt, welche die beiden höchsten Stimmzahlen erreicht haben.

Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom jeweiligen Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterzeichnen ist. Es soll folgende Feststellungen enthalten: Ort und Zeit der Versammlung, die Person des Versammlungsleiters und des Protokollführers, die Zahl der erschienenen Mitglieder, die Tagesordnung, die einzelnen Abstimmungsergebnisse und die Art der Abstimmung. Bei Satzungsänderungen soll der genaue Wortlaut angegeben werden.

§ 8

Entsenderecht in den Aufsichtsrat der Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland GmbH

Der Verein ist alleiniger Gesellschafter der Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland GmbH mit dem Sitz in Leipzig. Die Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland GmbH hat einen Aufsichtsrat.

Der 1. Vorsitzende des Vereins ist geborenes Aufsichtsratsmitglied der Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland GmbH. Er vertritt bei den Aufsichtsratssitzungen alle anderen Vorstandsmitglieder, denen die Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen freigestellt ist.

Der Verein entsendet sieben weitere Mitgliedsvertreter in den Aufsichtsrat. Für mindestens sechs von diesen gilt § 6.1 Satz 2 entsprechend. Ein weiterer Mitgliedsvertreter soll ein Vertreter der Kammern sein. Diese Aufsichtsratsmitglieder müssen Mitgliedsvertreter von Vollmitgliedern des Vereins gemäß § 4.1 sein. Sie werden von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von drei Jahren, vom Tage der Wahl an gerechnet, gewählt; sie bleiben jedoch bis zur Neuwahl des Aufsichtsrates im Amt. Jedes Aufsichtsratsmitglied ist einzeln zu wählen, soweit nicht die Mitgliederversammlung vorher Listenwahl beschlossen hat. Die entsendeten Aufsichtsratsmitglieder treffen ihre Entscheidungen im Sinne der Beschlüsse des Vereins.

§ 9

Auflösung des Vereins

Die Auflösung des Vereins kann nur in einer Mitgliederversammlung mit der im § 8.4 festgelegten Stimmenmehrheit beschlossen werden. Sofern die Mitgliederversammlung nichts anderes beschließt, sind der 1. Vorsitzende und der 2. Vorsitzende gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren. Die vorstehenden Vorschriften gelten entsprechend für den Fall, dass der Verein aus einem anderen Grund aufgelöst wird oder seine Rechtsfähigkeit verliert. Die Verwendung des Vereinsvermögens bei Auflösung des Vereins bestimmt sich nach § 3.

Vereinbarung

zwischen

der **Stadt Magdeburg**,

vertreten durch den Oberbürgermeister Herrn Dr. Lutz Trümper

- nachfolgend auch „**Stadt**“ genannt –

und

der **Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland e.V.**

vertreten durch den 1. Vorsitzenden Prof. Dr. Georg Frank und
den 2. Vorsitzenden Arnim Schiffmann – nachfolgend auch „**Verein**“ genannt –

Präambel

Zweck des Vereins ist die Entwicklung und Vermarktung der traditionsreichen Wirtschaftsregion Mitteldeutschland. Mitteldeutschland im Sinne des Vereinszwecks ist das Gebiet der Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Die Stadt Magdeburg begrüßt die Initiativen des Vereins. Sie unterstützt den Verein personell, indem Herr Dr. Lutz Trümper Mitglied im Aufsichtsrat der Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland GmbH ist, sowie finanziell durch einen jährlichen Zuschuss, damit der Verein seine satzungsgemäßen Aufgaben erfüllen kann.

1. Art der Unterstützung

Die Stadt Magdeburg stellt der Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland e.V. zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben im Jahr 2007 einen Beitrag i.H.v. 25.000 Euro, im Jahr 2008 i.H.v. 35.000 Euro und beginnend mit dem Jahr 2009 jährlich 50.000 € zur Verfügung. Die Unterstützung wird zu Beginn eines jeden Jahres gewährt.

2. Zweckbindung

Die Unterstützung der Stadt darf ausschließlich zur Erreichung des satzungsgemäßen Zweckes eingesetzt werden. Dabei sind die Mittel entsprechend den Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit zu verwenden.

3. Bedingungen und Voraussetzungen der Unterstützung

Der Verein legt der Stadt zum Nachweis der Verwendung der finanziellen Unterstützung jährlich den Wirtschaftsplan, den Tätigkeitsbereich des Geschäftsführers sowie den Jahresabschluss des Schatzmeisters vor.

Darüber hinaus hat die Stadt jederzeit das Recht zur Überprüfung der Mittelverwendung durch den Verein. Dem Verein wiederum obliegt die Pflicht zur allumfassenden Information und zur Freigabe der Einsicht in die erforderlichen Unterlagen.

4. Widerruf der Vereinbarung und Rückforderung der Unterstützung

Wird die Unterstützung nicht für die Aufgaben des Vereins zur Erfüllung des satzungsgemäßen Zweckes verwendet oder werden mit der Vereinbarung verbundene Bedingungen und Voraussetzungen nicht oder nicht innerhalb einer gesetzten Frist erfüllt, kann die Vereinbarung ganz oder teilweise mit Wirkung für die Zukunft oder die Vergangenheit widerrufen werden.

Soweit die Vereinbarung widerrufen oder zurückgenommen wird, ist die Unterstützung zu erstatten. Der Erstattungsanspruch ist mit seiner Entstehung fällig.

5. Informationspflicht

Die Vertragsparteien verpflichten sich, sich gegenseitig über alle Angelegenheiten unverzüglich zu informieren, die für die Erfüllung dieser Vereinbarung sowie des Vereinszwecks erforderlich oder von Bedeutung sind oder Bedeutung erlangen könnten.

6. Gültigkeitsdauer der Kündigung

Diese Vereinbarung gilt ab dem 01. März 2007 für unbestimmte Dauer. Die neue Vereinbarung ist erstmals kündbar zum 31. Dezember 2007. Die Kündigung kann sodann jeweils nur zum Jahresende schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen erklärt werden.

Unabhängig davon steht der Stadt ein Recht zur außerordentlichen Kündigung zu, wenn in dem betreffenden Jahr von der Ratsversammlung der Stadt keine Haushaltsmittel für den Verein zur Erfüllung seiner satzungsgemäßen Aufgaben zur Verfügung gestellt werden sollten oder, wenn der Verein die Unterstützung nicht zweckentsprechend gemäß Nummer 2 dieser Vereinbarung verwendet oder, wenn der Verein innerhalb des laufenden Jahres seinen Satzungszweck insoweit ändert, dass er nicht mehr im Interesse der Stadt liegt oder, wenn er sich auflöst.

7. Schlussbestimmungen

Alle Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform.

Sollten einzelne Bestimmungen der Vereinbarung unwirksam, undurchführbar oder lückenhaft sein oder werden, so wird die Gültigkeit der übrigen Vereinbarungsinhalte nicht berührt. Die Parteien werden in einem solchen Fall eine Bestimmung vereinbaren, wie sie bei Kenntnis der Unwirksamkeit, Undurchführbarkeit oder Lückenhaftigkeit vereinbart worden wäre.

Magdeburg, den

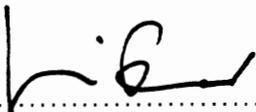
.....
Dr. Lutz Trümper
Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg

Leipzig, den 15.11.2006



.....
Prof. Dr. Georg Frank
1. Vorsitzender
Wirtschaftsinitiative für
Mitteldeutschland e.V

Leipzig, den 16.11.06



.....
Arnim Schiffmann
2. Vorsitzender
Wirtschaftsinitiative für
Mitteldeutschland e.V

